

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Fuldaer Zeitung

Samstag, 6. August 2011

Alle versuchen, die Schuldentreiberei zu vertuschen

Da haben wir noch einmal Glück gehabt. In letzter Sekunde einigten sich die amerikanischen Abgeordneten und Senatoren und verhinderten die Pleite der größten Volkswirtschaft der Welt. Kaum ist die US-Krise etwas entschärft, richten sich Blicke der Finanzwirtschaft ängstlich nach Spanien und Italien. Dort steigen die Zinsen für Staatsanleihen auf die Höhe, die Griechenland unter den europäischen Rettungsschirm trieb, für den wir mit Milliarden Euro zahlen und bürgen. Eurosummen, die wir gar nicht haben.

Schuldige für diese Gratwanderungen am Rand der Finanzkrise sind schnell ausgemacht. Wir Deutschen verstehen die rechten Republikaner nicht, die lieber die Staatskrise riskieren, als auf ihre Steuerprivilegien zu verzichten. Die Europolitiker schimpfen gerne auf die US-Ratingagenturen, die südeuropäische Staatsanleihen als Ramschpapiere einstufen und damit die Katastrophe regelrecht herbeiführen würden. Die Republikaner wiederum machen die Sozialausgaben der US-Regierung für die 14 Billionen Dollar Verschuldung verantwortlich. Alles Ausreden!

Das Schwarzer-Peter-Spiel dient nur dazu, Jahre unverantwortlicher Schuldentreiberei in allen westlichen Staaten zu vertuschen, und alle haben dabei mitgemacht: Linke wie Rechte, Sozialdemokraten und Konservative in Europa, Demokraten und Republikaner in den USA. Nachdem Jahrzehnte lang die gesellschaftlichen Verwerfungen mit Geld zugeschmiert wurden, ist dieses System nun in seine Endphase eingetreten.

Der neue Dekan der Volkswirtschaftlichen Fakultät in Chicago, dem Geburtsort der radikalen Marktwirtschaft, der Inder Raghuram Rajan, hat eine Theorie entwickelt, die den selbstgerechten Kapitalisten als Häresie erscheinen muss. Rajan macht die große Kluft zwischen Arm und Reich für die Fehlentwicklungen der westlichen Staaten verantwortlich. Populismus und Kredite sind entsprechend seiner Forschung die zwei Seiten einer Medaille, mit der die Eliten ihre Macht sichern. Seine Analyse: Das Auseinanderdriften

der Einkommen spaltet die Gesellschaft, wobei die mittleren und unteren Einkommen immer weiter abgehängt werden. Diese Bevölkerungskreise aber stellen die Mehrheit der Wähler. Um eine Wahl gewinnen zu können, müssen deshalb Wahlgeschenke verteilt werden, und die werden dann mit Schulden bezahlt. Damit bleiben die Privilegien der Reichen unangetastet, die aus Marktverzerrungen resultieren.

Auch die neue „Rettung“ vor der Zahlungsunfähigkeit der USA erfolgte nach diesem Muster. 2,4 Billionen Dollar mehr Schulden darf die Regierung machen, die

Steuerschlupflöcher der oberen Einkommensklassen bleiben unangetastet. Folge: Die nächste Schuldenkrise kommt bestimmt, und diese ist dann noch kritischer und womöglich nicht mehr lösbar.

In den USA sind – wie in Deutschland und fast allen anderen westlichen Industriestaaten – immer neue Schulden der Kitt, mit dem die Macht der

Eliten gesichert wird. Jede Partei hat dafür ihre Klientel. Beispiele für besonders sinnlose, aber wählerträchtige Geschenke in Deutschland: Das Elterngeld der Ursula von der Leyen (CDU), Biogas und Fotovoltaikanlagen auf den Dächern der Scheunen für die Bauern von der CSU, Steuerprivilegien für die Selbstständigen von der FDP, die Finanzierung der Sozialindustrie durch die SPD und die Milliarden für die Bildungslobby dank der Grünen. Rund 150 Milliarden Euro Subventionen zahlen alle Parteien und beklagen die Schulden, die sie selbst jetzt in der Hochkonjunktur machen. Das ist schizophren.

Nein, es sind nicht die Ratingagenturen oder andere finstere Mächte an den Finanzkrisen schuld – es ist die unvorstellbare Höhe der Staatsverschuldung, die kurz davor ist zusammenzubrechen. Und außer noch mehr Schulden fällt der Politik nichts mehr ein: weder in Washington, noch in Brüssel, noch in Berlin. Und wir Wähler wollen auch auf nichts verzichten. Also: Auf Wiedersehen, lieber Leser, bis es endgültig kracht.

GÜNTER EDERER



Was Ludwig Erhard
dazu sagen
würde...